

Familienbund der Katholiken zum 10. Familienbericht: Familienpolitik darf nicht auf Arbeitsmarktlogik verengt werden

Berlin, 12. Mai 2025 – Im Rahmen der heutigen AGF-Veranstaltung zum 10. Familienbericht fordert der Familienbund der Katholiken eine stärkere Berücksichtigung der Lebensrealitäten von Familien und kritisiert die zunehmende Ökonomisierung der Familienpolitik.

„Der 10. Familienbericht verengt Familienpolitik zu sehr auf Erwerbsanreize und ein starres Leitbild der Gleichverteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit. Dabei blendet er die vielfältigen Bedürfnisse und Wünsche von Familien aus“, erklärt Ulrich Hoffmann, Präsident des Familienbundes der Katholiken, in einem Kommentar im Rahmen der AGF-Veranstaltung. „Was im ersten Moment als Förderung von Freiheit erscheint, läuft am Ende auf neue Zwänge hinaus – für Mütter, Väter und Kinder.“

Der 10. Familienbericht stellt die besonderen Herausforderungen von allein- und getrennterziehenden Eltern in den Mittelpunkt und fordert eine umfassende ökonomische Unabhängigkeit von Müttern und Vätern. „Der Bericht denkt Familie vor allem vom Scheitern der Partnerschaft her – nicht vom gelingenden Zusammenleben. Das ist eine extrem einseitige Perspektive“, so Ulrich Hoffmann.

Der Bericht zeigt ein detailliertes Lagebild der Situation Alleinerziehender auf, in seinen Überlegungen geht er jedoch weit über diese Zielgruppe hinaus und nimmt damit alle Familien in den Blick. „Die Priorisierung der ökonomischen Unabhängigkeit führt zu einer weitgehenden Ökonomisierung der Familienpolitik. Der Bericht erhebt den paritätisch gestalteten Familienalltag zum neuen Ideal und verliert dabei die Entscheidungsfreiheit und Vielfalt der Familien aus dem Blick“, führt Hoffmann aus.

Kritisch zu sehen sind insbesondere die vorgeschlagenen Neuregelungen zur Elternzeit. Das 3+8+3-Modell bringt keine zusätzliche Zeit für Familien, sondern schafft neue Hürden. „Nur wer die Elternzeit exakt gleich aufteilt, erhält das Elterngeld in voller Höhe. Das benachteiligt viele Familien und wird den realen Lebenssituationen nicht gerecht“, begründet Hoffmann.

Positiv ist die geplante Anhebung des Mindest- und Höchstbetrags beim Elterngeld sowie die Forderung nach einer regelmäßigen Anpassung an die Inflation. „Hier muss aber nachgebessert werden: Wir halten ein Mindestelterngeld von 500 Euro für notwendig, um den Bedürfnissen von Familien gerecht zu werden“, betont Hoffmann.

Die geplante Ausweitung der Ganztagsbetreuung ist nur mit ausreichendem Fachpersonal zu schaffen. Bei der Umsetzung des Ganztagsanspruchs für Kinder im Grundschulalter ab 2026 geht es sowohl um Qualität als auch um Quantität. „Solange jedoch der Fachkräftemangel nicht gelöst ist, sind beide Ziele nicht einlösbar“, schätzt Hoffmann ein.

„Eltern brauchen nicht noch mehr Druck, sondern mehr Zeit. Familienpolitik sollte daher nicht vom Grundgedanken getragen sein, die Erwerbsarbeit noch mehr auszuweiten. Familien brauchen eine Politik, die Entscheidungsfreiheit ermöglicht und ihre Unterschiedlichkeit respektiert – nicht erst nach einer Trennung, sondern von Anfang an“ schließt Hoffmann.

Ohne Familien ist kein Staat zu machen.

Der Familienbund der Katholiken ist der mitgliederstärkste Familienverband Deutschlands. Ihm gehören 25 Diözesan-, 11 Landes- sowie 11 Mitgliedsverbände an. Seit über 70 Jahren setzt sich der familienpolitische Fachverband für eine familiengerechtere Gesellschaft ein. Der Verband versteht sich als „Stimme der Familien“ – als Interessenvertretung aller Familien in Gesellschaft, Politik und Kirche. Die Rahmenbedingungen für Familien müssen nach Ansicht des Familienbundes so gestaltet sein, dass jede Familie – unabhängig von ihrer jeweiligen Ausprägung – bestmöglich gelingen kann.

Pressekontakt:

Familienbund der Katholiken – Bundesverband
Katja Weniger
Öffentlichkeitsarbeit
Littenstraße 108, 10179 Berlin

Tel.: +49 (0)30 326 756 0
Fax: +49 (0)30 326 756 20
E-Mail: weniger@familienbund.org

www.familienbund.org